

Lösung Fall 7:

1. Ist ein Kaufvertrag über das Kleid zu 200 € zwischen M und V entstanden?

Fraglich ist also, ob ein Kaufvertrag zustande gekommen ist. Erforderlich sind dafür zwei übereinstimmende, in Bezug aufeinander abgegebene Willenserklärungen, nämlich Angebot und Annahme.

a) Angebot

1. Durch Aussage des M er wäre an dem Kleid interessiert?
 - wohl eher (-), M wollte sich hier noch nicht rechtlich binden
2. Durch Aussage der V, sie würde das Kleid für M bis zum Geschäftsschluss aufheben?
 - Problem: bloße Gefälligkeit? Wohl (-), sollte wohl verbindliche Zusage sein, beiden war bewusst, dass es für M wichtig war, dass das Kleid für ihn aufgehoben würde.
 - Problem: Vertragschluss unter der aufschiebenden Bedingung das M sich vor Geschäftsschluss meldet gem. § 158 I BGB oder Angebot seitens der V unter Annahmefrist bis Geschäftsschluss nach § 148 BGB?

Hier wohl Angebot seitens der V unter Annahmefrist gem. § 148 BGB, M hat hier deutlich gemacht er wisse noch nicht, ob er das Kleid kaufe und wollte noch einmal darüber nachdenken. Er wollte in jedem Fall ein Fax schicken, ob er annehme oder nicht. (a.A. aber auch sehr gut vertretbar!)

b) Annahme:

Die Annahme ist eine empfangsbedürftige WE, hier unter Abwesenden. Sie wird gem. § 130 I 1 BGB durch Abgabe und Zugang wirksam.

1. Annahmeerklärung durch das Fax?
 - Mit senden des Fax hat M ein Annahmeerklärung abgegeben.
 - Problem: das Fax ist nie bei V angekommen!

Vorliegend ist das Fax des M nie bei V angekommen. Fraglich ist jedoch, wie zu bewerten ist, dass V hier Papier aus dem Faxgerät genommen hat gerade um zu verhindern, dass ihr eine Annahmeerklärung des M zugeht. Hier liegt ein Fall der sog. vorsätzlichen Zugangsvereitelung vor. Der Erklärungsempfänger, der

treuwidrig verhindert, dass ihm eine Erklärung zugeht ist nicht schutzwürdig und wird so behandelt als sei ihm die Erklärung zu dem Zeitpunkt zugegangen, zu dem sie unter normalen Umständen zugegangen wäre. Der Zugang wird also ohne erneuten Zustellungsversuch fingiert.

- M hat das Fax noch am Nachmittag abgesendet. Die Annahmeerklärung gilt damit auch als vor Geschäftsschluss, also rechtzeitig, als zugegangen.

Die Annahmeerklärung durch das Fax ist also wirksam geworden.

c) Ergebnis: Ein Kaufvertrag zwischen M und V über das Kleid zu 200 € ist zustande gekommen.

Hinweis: Die Tatsache, dass V das Kleid schon anderweitig verkauft und möglicherweise auch übereignet hat ändert hieran nichts! (vgl. auch § 311a I BGB)

Hinweis: Genauso gut hätte man auch einen Vertrag unter aufschiebender Bedingung annehmen können. Dann wäre problematisch gewesen, ob der Bedingungseintritt vorliegt. Hier greift § 162 I BGB, der Bedingungseintritt wird fingiert, wenn eine Partei, hier V, den Eintritt der Bedingung wider Treu und Glauben verhindert. (So auch die Falllösung in: Schwab/Löhnig, Falltraining im Zivilrecht, Fall 44)

2. Kann M von I den Kaufpreis von 98 € für die Schultasche zurückverlangen?

Anspruch aus § 812 I 1, 1. Alt. BGB

Hinweis: es ist umstritten, ob nach erfolgter Anfechtung ein Anspruch aus § 812 I 1, 1. Alt oder 812 I 2, 1. Alt bestehen kann.

a) etwas erlangt: jeder vermögenswerte Vorteil, Eigentum und Besitz an dem Geld
(hier eigentlich Eigentum und Besitz an dem 200 €-Schein gg Rückzahlung von 102 €)

b) durch Leistung:

Leistung ist jede bewusste und zweckgerichtete Mehrung fremden Vermögens

Hier ist dem I bewusst das Geld übergeben und übereignet worden.

c) ohne Rechtsgrund

Ein Rechtsgrund könnte in dem Kaufvertrag zu sehen sein:

(1) Kaufvertrag entstanden?

- Angebot:

○ WE unter Anwesenden wird wirksam durch Abgabe und Zugang § 130 I 1 analog

○ Problem: Zugang

e.A. reine Vernehmungstheorie

a.A. eingeschränkte Vernehmungstheorie (h.M.), danach ist eine Erklärung dann zugegangen, sobald der Erklärende damit rechnen kann und darf richtig verstanden worden zu sein. Diese Ansicht ist aus Gründen des Rechtsverkehrsschutzes vorzuziehen. Hier konnte I davon ausgehen richtig verstanden worden zu sein. Somit ist die Erklärung zugegangen. Also ist das Angebot wirksam geworden.

- Annahme:

Hier hat M das Angebot mit den Worten: „Ja, die nehme ich“, angenommen.

(2) Kaufvertrag wegen wirksamer Anfechtung gem. § 142 I BGB nichtig?

- Anfechtungsgrund: Irrtum i.S.d. § 119 I BGB?

Problem: Erklärungs- oder Inhaltsirrtum?

Hier liegt kein Versprechen des M vor. Als M sagte: „Die nehme ich!“ wollte er auch genau das sagen. Hier irrt sich der M vielmehr über die Bedeutung des Gesagten. Nach Auslegung gem. § 133, 157 BGB, also aus der Sicht eines objektiven Empfängers in der Rolle des I sagt der M

damit: „Ich kaufe die Tasche für 98 €.“ M denkt dagegen er sage: „Ich kaufe die Tasche für 89 €.“

(Hinweis: M weiß, was er sagt, er weiß aber nicht, was er damit sagt!)

Somit liegt ein Fall des Inhaltsirrtums gem. § 119 I, 1. Var. vor.

Dieser Irrtum ist auch kausal für die Erklärung des M gewesen, insbesondere hatte er sich überlegt den Vertrag nicht zu schließen, wenn die Tasche mehr als 90 € kosten sollte.

- Anfechtungserklärung gem. § 143 I BGB (+), hier Erklärung am Telefon.
- Anfechtungsfrist gem. § 121 BGB, hier ruft M bei I kurz nach Entdeckung des Irrtums an, ein schuldhaftes Zögern ist dem M nicht vorzuwerfen.

Also ist die Anfechtung wirksam, der Kaufvertrag ist somit nichtig.

Es liegt kein Rechtgrund für Übereignung und Besitzverschaffung an dem Geld vor.

Ein Anspruch aus § 812 I 1, 1. Var. BGB besteht. Umfang gem. § 818 BGB: Wertersatz; Zahlung von 98 €.

M hat also einen Anspruch aus § 812 I 1, 1. Alt. BGB auf Zahlung von 98 €.

3. Muss M die 20 € für den Kalender an W bezahlen und den Kalender abnehmen?

Anspruch aus § 433 II BGB?

Kaufvertrag entstanden?

a) Angebot:

- durch W vertreten durch den Mann (§ 164), durch Vorlegen der Liste?

Problem: invitatio ad offerendum? Hier wohl aber (+),

(a.A. gut vertretbar mit Begründung: es kann angenommen werden, dass W mit jedem, dem er die Liste zur Unterschrift vorlegt einen Vertrag abschließen will!)

- durch Unterschrift des M?

Problem: Beim Unterschreiben auf der Liste wollte M nur seine Betroffenheit kundtun, ihm war nicht bewusst, dass er hier etwas Rechtserhebliches tut.

e.A.: Willentheorie

a.A.: Erklärungstheorie

h.M.: Wenn der Erklärende hätte erkennen können, dass sein Handeln im Rechtsverkehr als Willenserklärung verstanden wird und der andere Teil schutzwürdig ist, dann liegt eine Willenserklärung vor.

Wäre M hier ein bisschen aufmerksamer gewesen, wäre ihm aufgefallen, dass er hier eine Bestellung eines Kalenders unterschreibt. Er hätte also erkennen können, dass sein Handeln im Rechtsverkehr als Willenserklärung verstanden wird. Jedoch ist hier dem M die Bestellung untergeschoben worden, daher ist W auch nicht schutzwürdig.

Somit liegt mangels fehlendem Erklärungsbewusstseins auch keine Willenserklärung vor.

- durch Zusenden des Kalenders (+)

b) Annahme

(-)

Somit ist kein Kaufvertrag zustande gekommen, es besteht kein Anspruch auf Zahlung und Abnahme des Kalenders aus Kaufvertrag gem. § 433 II BGB.

Hinweis: Hätte man hier ein Angebot des M trotz fehlendem Erklärungsbewusstseins angenommen, wäre spätestens mit Zusenden ein Vertrag zustande gekommen. Allerdings hätte M diesen hier wohl wirksam angefochten. Ein Anfechtungsgrund ist nach h.M. § 119 I BGB analog beim fehlenden Erklärungsbewusstsein gegeben (erst-Recht Schluss), eine Anfechtungserklärung § 143 I BGB liegt mit der Aussage am Telefon auch vor, die Anfechtungsfrist nach § 121 BGB ist ebenfalls gewahrt.

4. Muss M 68 € an C zahlen?

Ein Anspruch auf Zahlung von 68 € könnte sich aus Kaufvertrag, § 433 II BGB ergeben.

Kaufvertrag (+)

- Problem: welcher Preis wurde vereinbart?

Auslegung nach § 133, 157 BGB der Willenserklärungen (Achtung: Auslegung geht der Anfechtung vor!)

Hier hat C erklärt: Ich verkaufe Dir die 4 Spiele zu je 17 Euro, das macht 58 Euro. Dem hat M zugestimmt.

Ausgehend von der Sicht eines objektiven Dritten in der Rolle des jeweiligen Erklärungsempfängers ist davon auszugehen, dass es den Parteien auf den richtigen Einzelpreis ankam und dass ein Angebot auf Abschließen eines Kaufvertrages über 4 Spiele zu je 17 € von C abgegeben worden ist, welches dann auch von M angenommen wurde. Hier sind beide Parteien gemeinsam von einer bestimmten Kalkulationsgrundlage ausgegangen die sie zur Grundlage ihrer Verhandlungen gemacht haben. Es liegt ein sog. offener Kalkulationsirrtum vor. Der von C falsch genannte Gesamtpreis von 58 € ist somit bedeutungslos. (ähnlich auch Musielak, Grundkurs BGB, Rn. 335) Somit ist ein Kaufvertrag über 4 Spiele zum Preis von 68 € zustande gekommen.

Also hat C einen Anspruch gegen M auf Zahlung der 68 € aus Kaufvertrag gem. § 433 II BGB.

Hinweis: z.T. wird (oft auch bei etwas anderer Fallgestaltung) bei einem offenen Kalkulationsirrtum auch ein Kaufvertrag mit „falschem“ Preis angenommen. Es ist umstritten, ob dem Irrenden in einem solchen Fall Rechtsmittel zur Verfügung stehen.

E.A. lässt eine Anfechtung nach § 119 I BGB wegen erweitertem Inhaltsirrtums zu. Dies ist jedoch nicht sehr überzeugend, da es sich hier letztlich um einen gemeinsamen Irrtum handelt. Überzeugender erscheint die Anpassung des Vertrags nach den Grundsätzen der Störung der Geschäftsgrundlage § 313 BGB. Vorteilhaft ist dies auch, da hier eine Anpassung und nicht nur die Vernichtung des Vertrages möglich ist.

Eine andere Ansicht geht davon aus, dass in einem solchen Fall ein unbeachtlicher Motivirrtum vorliegt (Schwab/Löhnig, Fall 39).

5. Kann er die 50 € von A zurückverlangen?

Anspruch aus § 812 I 1, 1.Var. BGB

Hinweis: es ist umstritten, ob nach erfolgter Anfechtung ein Anspruch aus § 812 I 1, 1. Alt oder 812 I 2, 1. Alt bestehen kann.

- a) etwas erlangt: jeder Vermögenswerte Vorteil, hier Eigentum und Besitz an den 50 €
- b) durch Leistung: Leistung ist jede bewusste und zweckgerichtete Mehrung fremden Vermögens; hier hat M bewusst und zweckgerichtet, nämlich zur Erfüllung einer Verbindlichkeit, 50 € an A übereignet und übergeben.
- c) ohne Rechtsgrund?

(1) Kaufvertrag entstanden?

Hier waren M und A sich einig, dass M von A zwei Gänse zum Preis von 50 € kaufen soll. Ein Kaufvertrag ist zustande gekommen.

(2) Kaufvertrag unwirksam nach § 158 I BGB

Denkbar wäre, dass M und A den Vertrag unter der Bedingung gem. § 158 I BGB geschlossen haben, dass die Familienfeier stattfindet. Zwar haben sie sich über die Feier unterhalten, M hat deutlich gemacht, dass er die Gänse nur deshalb benötigt. Dennoch ist nicht davon auszugehen, dass der Vertrag mit dem Stattfinden der Feier stehen und fallen soll. Aus den Umständen ist nicht zu erkennen, dass A sich hierauf eingelassen haben würde.

(3) möglicher Rücktritt wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage, § 313 I BGB

Dazu müsste die Feier Geschäftsgrundlage des Kaufvertrages geworden sein. Dies sind Parteivorstellungen über das Vorhandensein oder Eintreten bestimmter Umstände, die so wichtig sind, dass sie Einfluss auf die Abwicklung des Rechtsgeschäfts haben sollen. Es können gemeinsame Vorstellungen oder auch Vorstellungen einer Partei, auf die sich die andere Partei nach Treu und Glauben einlassen musste § 242 BGB, sein. (Vgl. Schwab/Löhnig, Fall 42)

Jedoch fällt die Verwendbarkeit der Kaufsache regelmäßig in den Risikobereich des Käufers, so auch hier. Das Stattfinden der Feier ist nicht Geschäftsgrundlage geworden.

(4) Kaufvertrag wegen wirksamer Anfechtung gem. § 142 I BGB nichtig?

- Anfechtungsgrund?

Hier irrt M sich lediglich über die Umstände, die ihn zum Kauf der Gänse bewegt haben. Ein Irrtum bzgl. der Motivation eine bestimmte Willenserklärung

abzugeben hält das BGB nur in Fällen des § 119 II BGB für relevant, somit liegt nur ein unbeachtlicher Motivirrtum vor.

Der Kaufvertrag ist somit nach wie vor wirksam, ein Rechtsgrund zur Eigentums- und Besitzverschaffung an den 50 € liegt vor.

Somit besteht kein Anspruch auf Rückzahlung der 50 € aus § 812 I 1, 1. Var. BGB.